

DEUTSCHLAND**BONN****BERLIN-FRAGE**

Sowjetische Diplomaten erklärten in Bonn, daß nach den Vorstellungen Chruschtschows alle Probleme, die das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau belasten, bis zum Parteitag der KPdSU im Herbst 1961 gelöst sein würden. Für den Berlin-Komplex habe der Kreml eine interimistische Lösung vorgesehen, die darin bestehen solle, daß der Freistadt-Charakter Westberlins vorerst durch die Stationierung eines, kleinen sowjetischen Truppenkontingents auf Westberliner Boden symbolisiert wird.

ZITAT

„Vielleicht wäre Rapallo zeitgemäß.“ (Sowjet-Ministerpräsident Nikita Chruschtschow zu dem deutschen Botschafter in Moskau, Hans Kroll, als sich Kroll zu einem längeren Urlaub nach Lugano abmeldete.)

AUFWERTUNG**Erhards Mark**

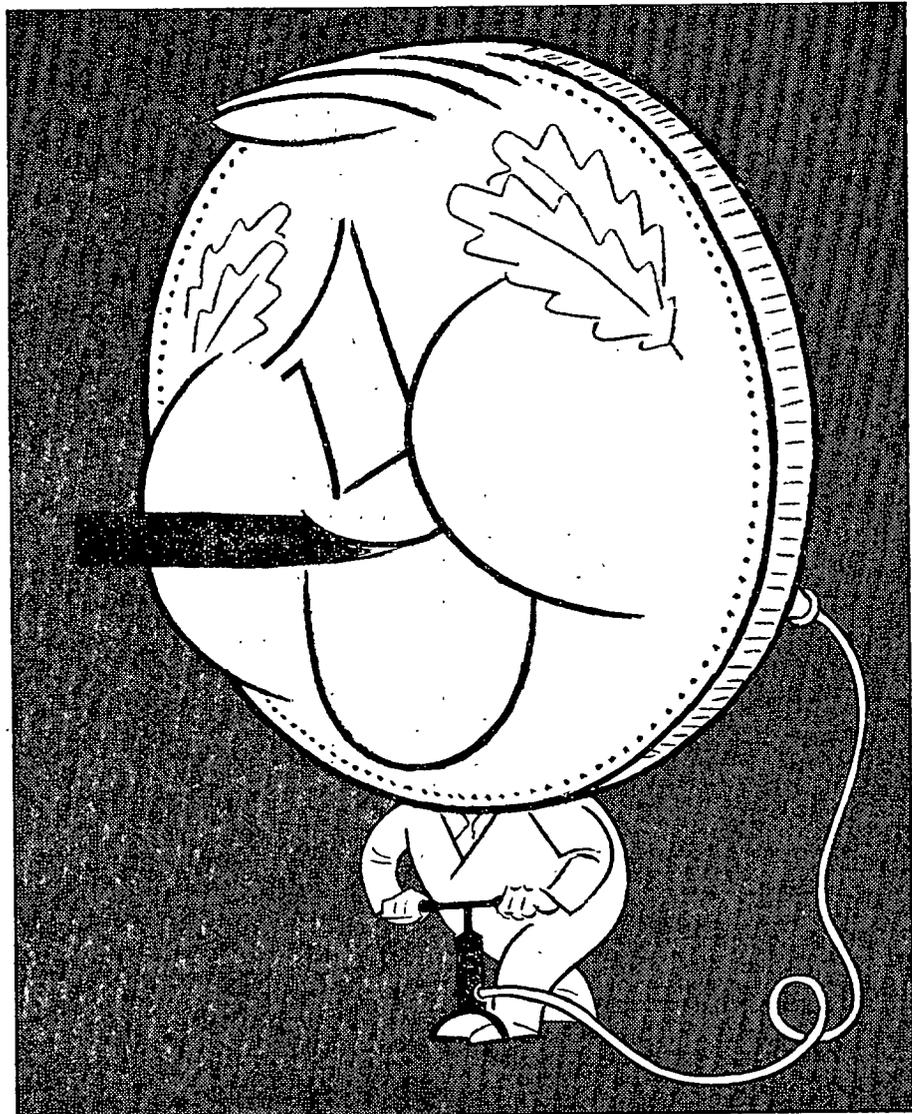
(siehe Titelbild)

Ein halbes Jahr vor den nächsten Bundestagswahlen brach die Bonner Regierung erstmals mit einem Prinzip, das die westdeutsche Staatspartei stärker kennzeichnet als das Bekenntnis zu Christentum und Abendland. Entgegen einer zwölfjährigen Tradition lud sich das Kabinett mit seinem Entschluß, die Deutsche Mark um fünf Prozent aufzuwerten, den Zorn der Industrie auf den Hals.

Niemals zuvor hatte der sauerländische Bettenbauer und Präsident des Bundesverbandes der Industrie, Fritz Berg, derart massiv gegen die Bundesregierung gewütet wie in der vergangenen Woche. Nach Ludwig Erhards Ankündigung, die Mark werde künftig für Ausländer um fünf Prozent teurer, polterte Berg, die Bundesregierung habe sich gegenüber der Industrie des „Vertrauensbruchs“ schuldig gemacht. Der „Glaube an die Gradlinigkeit des währungspolitischen Kurses“ sei dahin.

Mehr noch als der Umstand, daß die Mark-Aufwertung künftig alle westdeutschen Ausfuhren verteuert, hat es den Interessentenpulk verärgert, daß die Bundesregierung erstmals eine wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidung getroffen hat, ohne zuvor bei der Industrie um Zustimmung und Beifall nachzusuchen.

Zur maßlosen Überraschung der Bonner Lobby-Kulisse hatte ein Bundes-

**Mit-Aufwertung**

bank-Sprecher am Sonnabend vorletzter Woche angedeutet, was Ludwig Erhard tags darauf vor den Fernsehkameras offiziell verkündete: Seit dem 6. März kostet der Dollar nicht mehr 4,20 Mark wie bisher, sondern nur noch vier Mark. Im gleichen Verhältnis von 4,76 Prozent wurden alle übrigen Weltwährungen, einschließlich des Goldes, gegenüber der Mark billiger. Westdeutsche Erzeugnisse sind wegen des höheren Wechselkurses mithin für das Ausland teurer, hingegen brauchen die Bundesbürger für ausländische Waren künftig fünf Prozent weniger zu bezahlen als bisher.

„Ich war der Initiator der Aufwertung und übernehme die Verantwort-

ung“, bekannte Erhard strahlend. „Zweck dieser Maßnahme ist, die Kaufkraft der Mark zu stärken und die Stabilität des deutschen Preisniveaus zu wahren... Ich habe vor allem an die Sparer und an die Hausfrauen gedacht.“ Westdeutschlands Sparer verfügen zur Zeit über eine Summe von 136 Milliarden Mark; ein jährlicher Kaufkraftverlust von drei Prozent würde in jedem Jahr rund vier Milliarden Mark der Sparsumme aufzehren. „Die 136 Milliarden Mark Spargeld... mußten gesichert und stabilisiert werden.“

· Vermehrte Einfuhren und verminderte Ausfuhren sollen schließlich die extrem hohen Überschüsse der westdeutschen

Zahlungsbilanz (1960: acht Milliarden Mark) dämpfen und damit den devisenschwachen Weltwährungen des Dollars und des Pfundes aufhelfen.

„Es muß endlich einmal ausgesprochen werden“, erwiderte der CDU-Pressediener auf die Berg-Attacke, „daß der Export nicht als ‚heilige Kuh‘ betrachtet werden darf, deren Vorrecht es ist, den Lebensstandard des Inlands zu beeinträchtigen... Wir waren an den Punkt herangekommen, an dem die ‚heilige Kuh‘ in den Garten des Sparers eingedrungen war. Sie hat nun einen Klaps bekommen, und man hat die Gartentür verschlossen.“

Dem Kaufkraftschwund der Mark und dem übermäßigen Anwachsen der westdeutschen Gold- und Devisenreserven entgegenzutreten, war jahrelang allein der Deutschen Bundesbank überlassen worden. Während in Bonn Interessenten-Hasard gespielt und Haushaltspolitik mit dem Bereitstellen von Wahlgeschenken und der Befriedigung von Subventionswünschen gleichgesetzt wurde, mußte Blessings Bundesbank versuchen, lediglich mit kreditpolitischen Maßnahmen Westdeutschlands Konjunkturpolitik zu betreiben. Die Konjunkturbremsen der Bundesbank erwiesen sich schließlich jedoch als untauglich.

In der Hochkonjunktur der letzten Jahre hatte es Blessing ebenso wie sein Vorgänger Vocke immer aufs neue mit der klassischen Methode versucht. Bei den kleinsten Anzeichen einer Konjunkturüberhitzung setzte er den Leitzins der Bundesbank, den sogenannten Diskontsatz, herauf, um die Kredite zu verteuern. Höhere Pflichteinlagen der Geschäftsbanken bei der Notenbank, sogenannte Mindestreserven, sollten ferner den Kreditspielraum und die Liquidität der Banken einschränken.

Es gelang Blessing jedoch nicht, die Inlandskonjunktur zu bremsen. Vielmehr zog der hohe Zinssatz das internationale Spekulationskapital an, was den Boom noch mehr anheizte.

Ging Blessing den umgekehrten Weg und senkte — wie etwa vom Herbst vergangenen Jahres an — Diskont und Mindestreserven, so blieb das ähnlich wirkungslos. Die Kapitalflucht nach Westdeutschland wurde nicht gestoppt, und zugleich zog der Boom wegen des billigen Geldes im Inland weiter an (siehe Graphik Seite 18). Blessings Kampf gegen den Boom ähnelte den Bemühungen eines Trockenrudders.

Schrieb die „Süddeutsche Zeitung“: „Die Unterlassung der Aufwertung hat in den letzten Monaten zu einem verkrampften Zirkus der Notenbankpolitik geführt, deren Zinsverbilligung und Krediterleichterung in einem nicht mehr vertretbaren Widerspruch zur konjunkturellen Entwicklung stand.“

Das Ergebnis: Seit dem vergangenen Jahr ist die Kaufkraft der Mark um mehr als drei Prozent gesunken. Entgegen der von der Industrie geflissentlich verbreiteten Ansicht, das Jahr 1961 werde ein Jahr wirtschaftlicher Besinnung und Konsolidierung werden, lag der Auftragseingang bei der Industrie im Januar dieses Jahres um durchschnittlich zehn Prozent über dem Stand von Januar 1960.

Da Arbeitskräfte knapp sind — in Westdeutschland können derzeit nahezu 500 000 Arbeitsplätze nicht besetzt werden —, drohen weitere Preissteigerungen, die Erhard für dieses Jahr mit mindestens drei Prozent kalkulierte. Große



Aufwertungsgegner Berg, Abs, Stödter
Ein Klaps für die ‚heilige Kuh‘

Besorgnis lösten ferner Lohnforderungen über zwölf bis fünfzehn Prozent aus, die derzeit von einigen Gewerkschaften gestellt werden. Dabei hat gerade ein Teil jener Exportfirmen, die eine Aufwertung angeblich nicht verkraften können, freiwillig noch mehr geboten.

Die Zeichen der Konjunktur tendierten auf Sturm, als sich am Montag vorletzter Woche Karl Blessing bei Ludwig Erhard meldete. Der Zentralbankchef wollte Erhard und Etzel neue kreditpolitische Maßnahmen vorschlagen. Um wenigstens den anhaltenden Devisenzustrom zu bremsen, empfahl Blessing erneut eine Ermäßigung der Mindestreserven, die Westdeutschlands Banken bei der Notenbank unterhalten müssen, und regte eine weitere Senkung des ohnehin schon auf dreieinhalb Prozent reduzierten Diskontsatzes an.

Blessing war sich darüber im klaren, daß diese Zinssenkung zur Abwehr der Hochkonjunktur denkbar ungeeignet war. Trotzdem glaubte er, eine Kreditverbilligung bewilligen zu können, um wenigstens das heiße Auslandsgeld abzufrachten.

Es nahm nicht wunder, daß Blessings neuer Vorschlag bei Ludwig Erhard auf wenig Gegenliebe stieß. Ein eilends entworfenen Ersatzplan des Bundesbankiers, ausländische Geld- und Kapitalanlagen in der Bundesrepublik einer Genehmigungspflicht zu unterwerfen, paßte nicht in jenes Vorstellungsbild von einer in alle Auslandswährungen frei eintauschbaren Mark, das der Wirtschaftsminister im Herzen trägt.

Nachdem Blessing seine kreditpolitische Ohnmacht gegenüber der Inflationkonjunktur demonstriert hatte, war Erhards Geduld zu Ende. Einer Eingebung folgend, präsentierte er dem Bundesbankchef sein Aufwertungskonzept, das er bereits im Herbst vergangenen Jahres vorgelegt hatte, jedoch nach Intervention der Industrie- und Bankenlobby auf Weisung des Kanzlers zu den Akten legen mußte. Seither werte es als „Geheimsache“ in einem Stahlschrank des Bonner Wirtschaftsministeriums. Am 18. Oktober 1960 beschloß das Bundeskabinett offiziell, nicht aufzuwerten.

Den Ausschlag hatte Karl Blessing gegeben, der sich zu jener Zeit auf der Seite der Aufwertungsgegner befand. Er hatte sich der These der Industrie angeschlossen, die westdeutsche Konjunktur stehe vor einem „fundamentalen Umschwung“, und mit seinem Rücktritt gedroht, falls aufgewertet werde. Es dauerte nur drei Monate, bis erwiesen war, daß der fundamentale Umschwung nicht stattgefunden hatte.

Als Blessing deshalb am Montag vorletzter Woche noch einmal auf das frühere Versprechen der Bundesregierung pochte, an eine Wechselkursänderung sei keineswegs zu denken, konnte ihn Erhard relativ leicht mit der Drohung umstimmen, Blessing müsse für seine Weigerung vor den westdeutschen Sparern geradestehen. Daraufhin lenkte Karl Blessing ein und stimmte einer Aufwertung um fünf Prozent zu.

Bereits am gleichen Nachmittag versuchte der stets gegenwärtige Bankier Abs das Ergebnis der Verhandlungen aus Blessing herauszuholen. Wie zuvor vereinbart, hielt Blessing jedoch dicht.

Weit schwieriger war es, den aufwertungsscheuen Kanzler zu überreden und zum Stillschweigen gegenüber dem lieben Freund Pferdenges zu vergat-

tern. Am Dienstagmorgen um zehn Uhr trat das Aufwertungsgespann Erhard, Etzel und Blessing zum Rapport bei Konrad Adenauer an.

Gewitzt durch die Erfahrung, daß des Kanzlers Aufnahmevermögen begrenzt ist, beschränkte sich Ludwig Erhard auf die simpelsten Angaben. Die Preise seien, so Erhard, trotz aller Bremsversuche im letzten Jahr erheblich gestiegen und drohten nunmehr im Wahljahr sogar gewaltig anzuwachsen. Der Kanzler könne mit viel größerem Erfolg vor die Wähler hintreten, wenn er etwas für den Schutz des Sparer vor der schleichenden Inflation getan habe. Der Kanzler merkte auf, und Erhard fuhr fort:

Auch dem Ausland gegenüber mache es einen guten Eindruck, wenn die Bundesrepublik ihre Rolle des „internationalen Störenfrieds“ aufgebe und den Aufwertungsforderungen vornehmlich der Amerikaner nachkomme. Wenn die

suchte, war Konrad Adenauer vollends in das Lager der Aufwertungsfreunde umgeschwenkt. Nur eines mußte ihm Erhard versprechen: Der Wirtschaftsminister sollte so wenig wie möglich von Aufwertung reden, deren Wirkungsweise dem Kanzler ohnehin nicht recht gegenwärtig ist. Statt dessen sollten einprägsame Vokabeln wie „Stärkung der Kaufkraft“ und „Stabilisierung des Preisniveaus“ Verwendung finden.

Bundesaußenminister Heinrich von Brentano, der zu später Nachmittagsstunde zur Kanzlerrunde stieß, erkannte mit dem ihm eigenen Sinn für das Opportune die Wendung der Dinge sofort. Er sprach sich spontan und ebenso konsequent für die Aufwertung aus, wie er sie vor des Kanzlers Umschwenken entschieden mißbilligt hatte.

Anschließend verpflichtete sich die Runde zu äußerster Diskretion. Sämtliche Ausarbeitungen wurden von den

zusammen. Vorgesetzte Tagesordnung: das Fernsehurteil. Tatsächliche Tagesordnung: die Aufwertung der Deutschen Mark. Um den Kreis der Eingeweihten möglichst klein zu halten, war den Ministern sogar auferlegt worden, ihre Staatssekretäre zu Hause zu lassen. Erhard berichtete über das Vorhaben, die Mark zum Wochenende aufzuwerten. Verblüfft schaute die Runde auf den Kanzler und stimmte, als dieser wohlgefällig nickte, einhellig zu.

Nicht ganz so reibungslos verlief am gleichen Nachmittag die Sondersitzung des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank. Trotz der Anwesenheit des Wirtschaftsministers machten die Präsidenten einiger Landeszentralbanken Einwendungen. Nach zeitweise hitzigem Verlauf stimmte jedoch schließlich auch die Mehrheit des Notenbank-Gremiums für die Aufwertung.

Ganz so geheim, wie es Erhard lieb gewesen wäre, blieben die Aufwertungs-



Aufwerter Blessing, Erhard (bei der Pressekonferenz am 5. März): Der Kanzler hatte dichtgehalten

Bundesrepublik bereits im vergangenen Jahr aufgewertet hätte, wären ihr manche Finanzforderungen des Auslands und viel Ärger erspart geblieben.

Um den Preis der Wahl und Nato-Treue ließ der Kanzler seine Freunde von der Industrie fahren und sagte eine Aufwertung halbwegs zu. Anschließend verzehrte der Kanzler ein schonendes Mittagmahl und ging dann auf ein Stündchen zu Bett.

Als Bettlektüre hatte sich der Kanzler das Karlsruher Fernsehurteil erwählt, das just am gleichen Tag ergangen war. Der niederschmetternde Urteilsspruch ließ ihn sogleich auf ein Manöver zur Ablenkung der Öffentlichkeit sinnen: Erhards Aufwertungs bombe kam gerade recht, um die Fernsehnie derlage vergessen zu machen. Erhard heute: „Seit der Aufwertung gibt's kein Fernsehurteil mehr.“

Als die Währungs-Troika nachmittags erneut den Regierungschef auf-

Anwesenden eigenhändig angefertigt, wobei sich der frisch eingeweihte Außenminister als Kalligraph erwies. Im Palais Schaumburg ging es so diskret zu, daß nicht einmal Adenauers beamteter Wirtschafts-Repetitor, Ministerialdirektor Friedrich Karl Vialon, eingeweiht wurde.

Ähnlich wurde dem Kanzler-Intimus Fritz Berg („Ich brauche nur zum Kanzler zu gehen, um Erhards Pläne vom Tisch zu bringen“) mitgespielt. Als der BDI-Chef am Freitag vorletzter Woche den Kanzler zu einem intimen Konjunkturplausch hinter dem Rücken Ludwig Erhards aufsuchte, hielt Adenauer eisern dicht. In der vergangenen Woche bekannte Ludwig Erhard: „Ich habe auf das Wochenende gewartet wie ein Soldat, dessen Dienstzeit zu Ende geht.“

Kurz nach Bergs fruchtloser Kanzlervisite trat das Bonner Kabinett am Freitagvormittag zu einer Sondersitzung

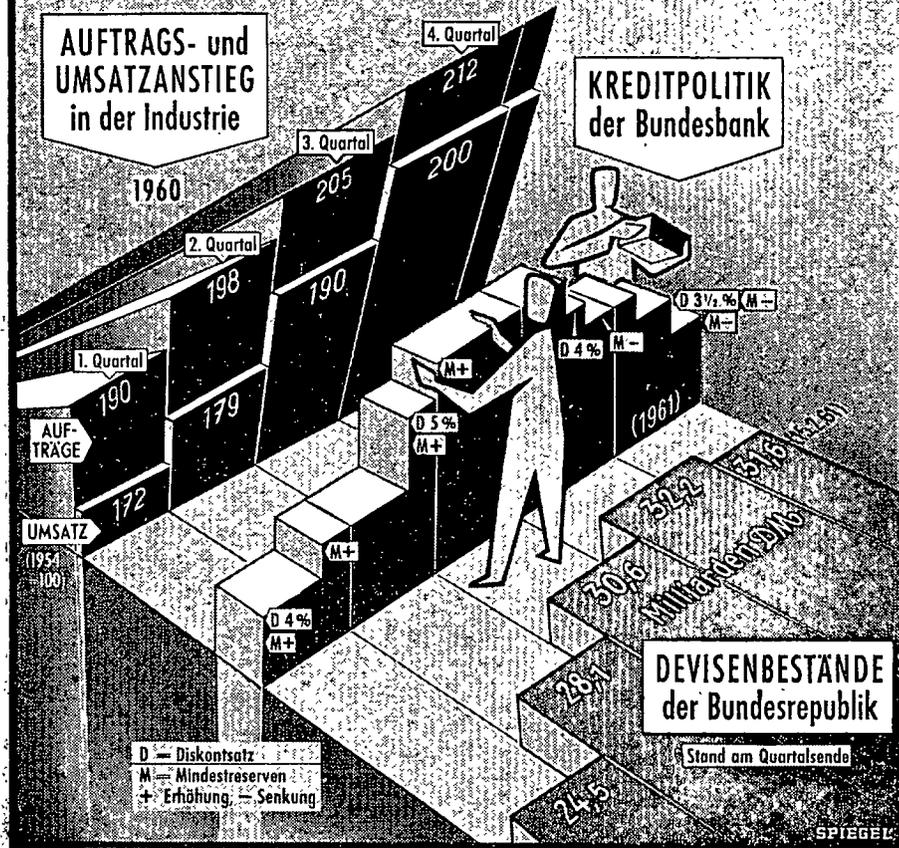
gespräche allerdings nicht. Noch während der Zentralbankrats-Sitzung traf aus Hamburg ein Fernschreiben in der Bundesbankzentrale ein, in dem es hieß, an der Hanseatischen Devisenbörse kursierten Aufwertungsgerüchte. Deutsche und ausländische Banken hatten noch in aller Eile versucht, ausländische Valuten in Mark umzutauschen, um den Aufwertungsgewinn mitzunehmen.

Sofort wies Ludwig Erhard sein Bonner Ministerium an, am kommenden Tag, dem Sonnabend, alle bundesdeutschen Devisenbörsen zu schließen.

Die Devisenbewegungen an der Freitag-Börse lassen die Vermutung zu, daß einige Mitglieder des Kabinetts oder des Zentralbankrats ein Einsehen mit den Spekulanten gehabt und kleine Winke erteilt haben. Schrieb die „Deutsche Zeitung“: „Es wird sich lohnen, festzustellen, wie stark der Devisenzustrom in den drei Tagen vor der Bekanntgabe der Aufwertung gewesen

NOTENBANK IN NOTEN

Unabhängig von der Kreditpolitik der Bundesbank (Kreditrestriktionen bis Oktober 1960, Krediterleichterungen seit Oktober) nahmen Nachfragedruck im Innern und Devisenzustrom von außen stetig zu



Ludwig Erhard hatte bereits 1956, als die westdeutsche Konjunktur erstmals Inflationssymptome zeigte, eine Aufwertung der Mark verlangt. Die hohen Exporte und die vergleichsweise niedrigen Importe hatten zu einem Mißverhältnis geführt: Dem Inlandsmarkt wurden Güter entzogen, während die im Ausland verdienten Devisen nach Umtausch in Mark die Nachfrage in der Bundesrepublik anheizten. Westdeutschland, das sich einer besseren Preisdisziplin befleißigte als das Ausland, importierte mit den Devisenmilliarden die Inflation.

Unterstützt wurde Ludwig Erhard bereits damals vom Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums sowie von einer Anzahl internationaler Währungsexperten, denen der Mark-Kurs ebenfalls als zu niedrig erschien.

Kurz vor der Währungsreform hatten die westlichen Besatzungsmächte einen Austauschkurs für die Mark gewählt, nach dem die Mark 30 Cents kostete. Ein Jahr nach der Währungsreform wurde die Mark dann ebenso wie die meisten anderen europäischen Währungen um 20 Prozent abgewertet.

Offenbar hatten die Alliierten den Mark-Kurs zu niedrig angesetzt, was freilich 1948, als die deutsche Wirtschaft in Trümmern lag, vollständig richtig war: Die „billige“ Mark veranlaßte das Ausland, mit Vorrang Aufträge nach Westdeutschland zu vergeben.

Spätestens im Jahre 1956 jedoch erwies sich der Trümmerkurs der Mark als problematisch. Die Bundesrepublik machte sich daran, die Devisen der Welt zusammenzuraffen. Die einheimische Industrie freilich, für die der falsche Wechselkurs einer Exportprämie gleichkam, behauptete, eine Verteuerung der Mark würde den Ruin der Ausfuhrwirtschaft heraufbeschwören.

Dabei wies man gern auf das Beispiel Schweden hin, das tatsächlich 1946 mit der Aufwertung der Krone seine Zahlungsbilanz erschüttert hatte. Ebenso geflissentlich jedoch verschwiegen die Anhänger fester Wechselkurse, daß Kanada 1946 seine Währung ohne Schaden um zehn Prozent aufgewertet hat; Der kanadische Dollar gehört nach wie vor zu den härtesten Währungen der Welt.

Die fünfprozentige Mark-Aufwertung nimmt sich angesichts der hervorragenden Exportkonjunktur nicht gerade

ist.“ So glücklich wie die wenigen wohl-informierten Aufwertungsspekulanten zeigte sich auch Ludwig Erhard. Nachdem er im vorigen Jahr mit seinem Aufwertungsplan im Palais Schaumburg vergeblich hauiert hatte, war ihm nunmehr der Einbruch in die festgefügte Front der Interessenten gelungen, die es bislang immer verstanden hatten, das Ohr des Kanzlers zu finden.

Die prominentesten und zugleich einflußreichsten Aufwertungsgegner, Industriepresident Berg, Renommierbankier Abs und Bankiers-Sphinx Pferdenges, blieben diesmal ungehört. Mit der Aufwertung der Mark sank der Stern der Kanzlerfreunde.

Die Verteuerung der westdeutschen Währung hat das zerfledderte Prestige des Wirtschaftsministers beträchtlich aufgewertet. Erhards Initiative war die eigentliche Überraschung der Bonner Frühjahrssaison 1961.

Finanzminister Franz Etzel hat ebenfalls Grund zur Freude. Ein aufwertungsbedingtes Abbröckeln des nutzlosen Frankfurter Devisen-Sesams mit seinen glitzernden 32 Milliarden Mark in Gold und Dollars könnte die blinde Begehrlichkeit der Welt, sich auf Kosten der westdeutschen Steuerzahler zu laben, ein wenig zügeln. Schrieb die „Frankfurter Allgemeine“: „Das Bild vom Michel, der gierig und rücksichtslos Gold und Devisen seiner Nachbarn an sich rafft, wird (durch die Aufwertung) Lügen gestraft.“

Ungeachtet des Umstands, daß die Aufwertung eine „hervorragende Nachricht für die deutsche Wirtschaft ist“ („Frankfurter Allgemeine“), hat der Beschluß mehr Courage gefordert, als ge-

meinthin von einem christdemokratischen Politiker erwartet werden darf. Wer in den vergangenen Jahren in Bonn oder Frankfurt mit guten Argumenten die Aufwertung der Mark verlangte, wurde entweder belächelt wie der in Paris lebende Währungstheoretiker Professor Albert Hahn, beschimpft wie der neolibérale Genfer Professor Röpke oder vom Kanzler desavouiert wie der Bundeswirtschaftsminister.

Noch im vergangenen Herbst bezeichnete der Großbankier und Ehrendoktor Hermann Josef Abs die Aufwertungsdebatte als „leeres Geschwätz“, und Fritz Berg lärmte: „Eine Katastrophe für die gesamte Wirtschaft.“



Aufwertungsgegner Röpke, Butschkau, Hahn: Belächelt, beschimpft, desavouiert

KINTORE

100%
Scotch
Blend



Ein
männlich herber
Scotch Whisky

ALLEINIMPORT: SÖHLEIN RHEINGOLD KG
IMPORTABTEILUNG: WIESBADEN-SCHIERSTEIN

KINTORE

DEUTSCHLAND

überwältigend aus. In Washington hieß es in der vergangenen Woche: „Nützlich, aber bescheidener Schritt.“ Auch den Briten erscheint die Mark-Verteuerung nicht ausreichend, um die Zahlungsbilanz-Verzerrungen in Europa zu beseitigen. In London geht das Gerücht, England werde ungeachtet der Mark-Aufwertung nunmehr eine Abwertung des Pfundes um zehn Prozent vornehmen.

Beifall wurde Ludwig Erhard denn auch in der vergangenen Woche nur von wenigen Seiten gesendet, wie etwa vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband, dessen Präsident Hermann Butschkau den „Dank im Namen aller Sparer“ nach Bonn telegraphierte. Erfreut zeigten sich außer den Sparkassen lediglich noch die Verbraucherverbände und der Importhandel, von des Bauernbündlers Rehwinkel Lob einmal abgesehen.

Die Zahl der Protestschreiben war erheblich größer. Bereits wenige Stunden

nach Erhards Fernsehbotschaft meldeten nahezu sämtliche Branchen der westdeutschen Exportindustrie in unterschiedlicher Lautstärke ihre Befürchtungen an, der neue Wechselkurs und die damit verbundene Verteuerung deutscher Ausfuhr könnte zu schweren Störungen des Exportgeschäfts führen. Besonders betroffen fühlen sich die Branchen

- ▷ Kohle und Stahl,
- ▷ Schiffbau,
- ▷ Schifffahrt,
- ▷ Chemie,
- ▷ Maschinenbau,
- ▷ Eisen-, Blech- und Metallwaren,
- ▷ Feinmechanik und Optik,
- ▷ Kraftfahrzeugwirtschaft,
- ▷ Elektrowirtschaft,

AUF DEN BODEN GESTELLT

Konrad Adenauer am 8. März 1961 im Bundestag

Nun, meine Damen und Herren, der ... Vorgang, der ja nun sehr hohe Wellen geschlagen hat, ich hoffe ... daß diese Wellen sich doch langsam beruhigen – das ist, meine Damen und Herren, die Änderung des Wechselkurses des Dollars.

(Gelächter)

Also, meine Damen und Herren, wenn ich so erheitert auf Sie wirke, komme ich öfters hierher.

(Gelächter)

Also, ich wiederhole: ist die Änderung des Wechselkurses des Dollars. Das, meine Damen und Herren, ist der korrekte Ausdruck für den Vorgang.

(Beifall)

Und damit, meine Damen und Herren, kommt auch zum Ausdruck, daß es ein Vorgang ist von großer internationaler Bedeutung. Und unter dem Gesichtspunkte – das war einer der maßgebenden Gesichtspunkte, wie wir uns den Wechselkurs gestalten, damit in der internationalen Zahlungsbilanz keine Schwierigkeiten entstehen.

Aber davon abgesehen, meine Damen und Herren, hatten wir ja auch interne Gründe hier. Es ist wirklich – es ist, meine Damen und Herren, untragbar, daß bei der Bundesbank, es waren am 5. März rund 32 Milliarden D-Mark, in Devisen und Gold lagen ...

Visuell, optisch, meine Damen und Herren, ist das natürlich erregend und erweckt die Begehrlichkeit auf unseren vermeintlichen Reichtum. Hiermit möchte ich Ihnen noch ein Wort darüber sagen, daß der Bundesbankpräsident Blessing und ich, die wir, als die gleiche Frage intern zur Erörterung stand, im Herbst dieses Jahres, und da wir bei dieser Diskussion, Herr Blessing und ich, der Ansicht waren, nicht diese Wechselkursänderung vorzunehmen, nunmehr uns davon überzeugt haben, daß es nötig sei.

Im Herbst dieses Jahres waren Anzeichen dafür vorhanden, daß die Konjunktur nicht weiter emporsteige. Und in diesem Stadium der Entwicklung der Konjunktur hielten wir es nicht für gut, einen derartigen Beschluß zu fassen, dieses langsame Absinken der Konjunktur hat auch in den Wintermonaten angehalten bis zum Januar. Aber Januar und Februar haben ein derartiges Ansteigen der Konjunktur gebracht, meine verehrten Damen und Herren, daß wir der weiteren Entwicklung bei uns, einer weiteren Überhitzung der Konjunktur, nur mit großer Sorge entgegensehen konnten.

Und das war der Grund, warum auch Herr Blessing und ich nunmehr uns auf den Boden gestellt haben, es müsse eine derartige Änderung des Wechselkurses erfolgen. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, mußte ein derartiger Beschluß in der größten Heimlichkeit erfolgen, damit keine Devisenspekulationen irgendwelcher Art Platz greifen konnten. Daß durch dieses Moment der Überraschung eine Verwirrung eintreten mußte, ist ganz klar. Das wird vorübergehen ...

Wir sind ... der Auffassung, meine Damen und Herren, daß auch diese zunächst etwas beeinträchtigten Sparten der Wirtschaft das wieder aufholen werden, daß von einem Rückgang wohl kaum wird man sprechen können nach einiger Zeit, wohl von einem nicht so starken Anstieg wie bisher.

Dem steht aber gegenüber, meine verehrten Damen und Herren, die Rücksicht, die wir auf den inneren Geldwert auch nehmen müssen, und die Rücksicht, das ist genau dasselbe, auf die Sparer,

(Beifall)

von denen wir doch Gott sei Dank in unserem Lande noch sehr viele haben.



Frankfurter Devisenbörse: Verluste werden nicht ersetzt

- ▷ Banken und
- ▷ Exporthandel.

Das Wehklagen der Industriemanager fand spaltenlange Würdigung in der einschlägigen Interessentenpresse. Die „Deutsche Zeitung“, die dem BDI nachempfunden, bezeichnete die Aufwertung entrüftet als „massiven Eingriff“ und als „Vertrauensschütterung“. Den unangenehmen Umstand, daß auch der Kanzler dem vermeintlich verderblichen Beschluß zugestimmt hatte, wußte das Blatt geschickt zu drapieren: „Er muß unter unwiderstehlichem Druck des Kabinetts gestanden haben.“

Der schwerindustrielle Düsseldorfener „Industriekurier“ bezichtigte die Bundesregierung frank des „Wortbruchs“, mit der Begründung, Bonn habe noch im vergangenen Jahr kategorisch verkündet, „Gerüchte über eine Aufwertung der D-Mark entbehren jeder Grundlage“. Tatsächlich hatte auch der in Spekulationsdingen erfahrene Bundeskanzler die Aufwertungsspekulation gewarnt, mit einer Änderung des Marktkurses sei „in keiner Form zu rechnen“.

Die dem Stuttgarter Elektro-Großkonzern Bosch nahestehende bravbürgerliche „Stuttgarter Zeitung“ sah die „Gefahr“ einer Politisierung der Wechselkurse“ heraufdämmern und unkte: „Sie könnte an das Mark der Wirtschaftsordnung rühren.“

In Wahrheit ging es nicht um die philosophische Frage, ob eine autonome Währungskorrektur das Mark der Wirtschaftsordnung treffe, sondern bestenfalls um die Überlegung, ob einige Branchen von der Aufwertung härter betroffen seien als die übrigen. Von den Industrie-Protestanten sind allein wirklich bedroht:

- ▷ Reedereien,
- ▷ Werften und
- ▷ der Kohlenbergbau.

Aus Hamburg funkte der Reeder Professor Rolf Stödter als Sprecher des Verbands deutscher Reeder ein telegraphisches SOS an den Bundeskanzler: „Die Aufwertung stellt eine tödliche Bedrohung für die Existenz der deutschen Handelsflotte dar.“ Stödter begründet dies mit dem Argument, für die Seeschifffahrt gebe es keinen Inlandsmarkt, folglich würden alle Frachtabschlüsse von der Aufwertung betroffen, so daß die Reedereien durchweg auf fünf Prozent ihrer Einnahmen verzichten müßten. Stödter: „Bisher ging uns das Wasser bis an den Hals, und jetzt geht es uns über den Mund.“

Vorsorglich hat der schleswig-holsteinische Reederverband eine staatliche Ausgleichshilfe gefordert.

Von den Werften hatte der Bundeskanzler ebenfalls Post. Der Verband

Deutscher Schiffswerften beklagte sich darüber, daß das Ausland im Vertrauen auf die Zusicherung der Bundesregierung, man werde am alten Wechselkurs festhalten, „im erheblichen Umfang“ Aufträge erteilt habe. Schleswig-Holsteins Werftindustrie beispielsweise exportiert nahezu 90 Prozent ihrer Produktion. Dazu kommt, daß die Werften wegen der japanischen, holländischen und skandinavischen Konkurrenz extrem knapp, nämlich mit einer Gewinnmarge von nur rund zwei Prozent, kalkulieren müssen.

Eine Verteuerung der Exporte um den Betrag der Aufwertung, so bekundete der Werftverband, würden die ausländischen Abnehmer mit der Stornierung von Aufträgen beantworten. Aus eigener Tasche könnten die westdeutschen Werften den Aufwertungsverlust indes nicht tragen. Sie haben deshalb beim Kanzler um Streichung der Gewerbesteuer nachgesucht.

Zu den Aufwertungsgeschädigten zählt sich auch der Ruhrbergbau. Verteuerte Exporte, so klagte der Unternehmensverband Ruhrbergbau, würden mit Sicherheit zu einem Verlust jener mühsam erworbenen Auslandsmärkte führen, mit deren Hilfe die Kohle-Industrie wenigstens teilweise den Haldenabbau bewerkstelligen konnte. Bei jährlichen Exporten von etwa 30 Millionen Tonnen Kohle würde eine fünfprozentige Preiserhöhung die Erlöse um etwa 100 Millionen Mark schmälern.

Wegen der künftig verbilligten Einfuhr der Kohlekonkurrenz Heizöl rechnet man an der Ruhr zudem mit weiteren Absatzverlusten der Kohle. Kurt Haver, Generaldirektor der drei Kohleverkaufsgesellschaften, nannte die Aufwertung deshalb eine „ungeheure Belastung oder gar eine Katastrophe“.

Die mißlichen Auswirkungen der Mark-Aufwertung rechtfertigen indes keineswegs die bundesweiten Unkenrufe. Ludwig Erhard habe Hand an die gute Exportkonjunktur gelegt. Abgesehen davon, daß bis heute nicht abzusehen ist, ob das Ausland auf verteuerte westdeutsche Waren tatsächlich mit erheblich verminderten Einkäufen reagieren wird, haben viele Firmen durchaus die Möglichkeit, ihre Ausfuhrpreise um den Aufwertungsbeitrag zu senken.

Dies gilt insbesondere für Daimler-Benz, Volkswagen und Opel, die jährlich ihr gesamtes Aktienkapital verdienen, aber auch für viele Maschinenbau-Unternehmen sowie für die Hersteller von Spezialstählen. Hinzu kommt, daß gerade in den rohstoffverarbeitenden Branchen die Erlös-Schmälerungen beim Export durch verbilligte Rohstoffeinfuhren mühelos wettgemacht werden können. Die Eilfertigkeit, mit der sich jeder Verband in die Protestliste eintrug, offenbart eine gewisse Filzbrillen-Optik.

Es ist beispielsweise für die Industrie immer noch günstiger, wenn die Exportchancen durch eine Aufwertung der Mark anstatt durch sonst unvermeidbare Preissteigerungen im Inland verringert werden. Während die Aufwertung die Erzeugnisse nämlich lediglich beim Grenzübertritt verteuert, lösen allgemeine Preiserhöhungen im Inland automatisch neue Lohnforderungen aus, mit dem Ergebnis, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gegenüber der Auslandskonkurrenz weiter verschlechtert.

Welche Vorstellungen in der bundesdeutschen Wunderwirtschaft lebendig

werden, wenn einmal nicht von Investitionshilfen, Steuererleichterungen oder Subventionen die Rede ist, beweisen die Anrufe, in denen das Bundesfinanzministerium seit Montag vergangener Woche ersucht wird, „Aufwertungsentschädigungen“ an die Industrie zu leisten. „Ich kann mir nicht vorstellen“, meinte Bundesfinanzminister Franz Etsel, „daß eine Aufwertungsentschädigung mit dem Begriff der freien Wirtschaft vereinbar ist.“

Die Stimmung in der westdeutschen Industrie schlug in der vergangenen Woche nachgerade in Hysterie um. Nachdem Blessing die allein wirksame Aufwertung gutgeheißen hatte, wurde in der Montan-Industrie die Forderung laut, der Notenbankpräsident möge zurücktreten. Der Kanzler - Bankier Pferdenges empfohl zu Anfang vergangener Woche in Düsseldorf, die Industrie solle die sogenannte Entwicklungsanleihe über 1,5 Milliarden Mark, mit der sie sich im vergangenen Herbst von allen Währungsoperationen hatte loskaufen wollen, nicht übernehmen. Ähnliche Boykott-Erwägungen stellte der BDI-Chef Fritz Berg an.

Konfusion herrschte auch bei den Sozialdemokraten. Anstatt nun wenigstens anzuerkennen, daß die Aufwertung das Preisniveau günstig beeinflusst und mithin auch dem Arbeitnehmer und Kleinsparer nützt, hieb der SPD-Wirtschaftsexperte Heinrich Deist gewissermaßen blindlings um sich. Er nannte die Wechselkursoperation eine „Kurzschlußreaktion“ und kreierte Erhard an, daß er unter dem Druck der Inflation tätig geworden sei.

Der SPD-Pressedienst warf sich gar zum Anwalt der Industrie-Interessen auf. Er rechnete Ludwig Erhard weinerlich jene finanziellen Schäden vor, die von der Industrie in Kauf genommen werden müßten. Erhards Kurzkommentar: „Nicht ernst zu nehmen.“

In einen noch desolateren Zustand versetzte die Aufwertung die Börsenkundschaft. An den Effektenmärkten war der vergangene Montag ein „Tag des Chaos“, schrieb der „Guardian“.

Westdeutschlands Börsen reagierten auf die Aufwertung wie jener Briefmarkenhändler in Hamburg, der an sein Schaufenster die Botschaft pappte: „Wegen Aufwertung fünf Prozent. Preisnachlaß.“ Die Kurse sanken an einem Tag um durchschnittlich fünf Prozent. Ein derartiger Kurssturz wäre nur berechtigt, wenn die gesamten Industriegewinne künftig ebenfalls um fünf Prozent absinken würden.

Wie unbegründet diese Befürchtung ist, beweist der Verlauf der Frankfurter Frühjahrsmesse. Schrieb die „Frankfurter Allgemeine“: „Kaum ein Aussteller kann sich erinnern... ein ähnliches, zum Teil schon hektisches Geschäft gesehen zu haben.“

HARRIMAN-BESUCH

Dumme Fragen

Wenig tröstlich klang, was der 69jährige Sonderbotschafter Averell Harriman bei seiner Stippvisite in Bonn dem 85jährigen Kanzler Konrad Adenauer über den jungen Mann im Weißen Haus zu Washington berichtete: Sicher sei, daß Präsident Kennedy nicht in den alten Geleisen der Eisenhower-Ära

weiterfahren wolle, und es bleibe einstweilen unsicher, wohin die Reise für die Deutschen gehen werde.

Welche Schicksalsfragen der deutschen Nation der Kanzler seinem Gast auch vorlegte, Harriman blieb präzise Antworten schuldig.

„Wir waren uns beide darin einig“, deutete er seine Gespräche mit Adenauer später vor der Presse, „daß es vor 15 Jahren Stalins Absicht gewesen ist, sich Westeuropa einzuverleiben, daß diese Pläne aber dadurch zunichte gemacht worden sind, daß die westliche freie Welt den Marshall-Plan in die Wege leitete und die Nato gründete.“

Nachdem die Bedrohung Europas durch den Kommunismus derart als unaktuelles Problem zweiten Ranges dargestellt war, sprach Harriman über das Gebot der Stunde: „Heute schaut sich

nach Chruschtschow — wenn überhaupt — nur denkbar, falls die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR unangetastet blieben und außerdem sichergestellt sei, daß Gesamtdeutschland sich keinem Militärbündnis anschließe; das bedeute doch Neutralisierung.“

Harriman wußte dazu nichts zu sagen: Diese Spezialfrage sei im Studienprogramm des Präsidenten nicht enthalten.

Der Kanzler brachte die Polen-Frage aufs Tapet: Er sei wirklich und wahrhaftig bemüht, das Verhältnis zu Warschau zu verbessern, aber Moskau und Pankow machten alle diesbezüglichen Versuche zunichte.

Der Sonderbotschafter nahm diese Adenauer-Außerung kommentarlos zur Kenntnis.

Wenn Charles de Gaulle heute seine Pläne für ein Dreierdirektorium der



US-Sonderbotschafter Harriman, Gesprächspartner: Fläue Antworten

nun Herr Chruschtschow ebenfalls nach einem fruchtbareren Gebiet um, in das hinein sich die kommunistische Welt ausdehnen kann. Er denkt dabei an Asien, an Afrika, an Lateinamerika.“ Jetzt gelte es, so referierte Harriman, „daß den Plänen von Herrn Chruschtschow dort in der gleichen Weise entgegengetreten werden kann wie damals den Plänen Stalins“.

Was Wunder, daß bei so globaler Sicht der Kanzler das Berlin-Problem nur antippte und auf Details verzichtete, nachdem Harriman in allgemeinen Wendungen versichert hatte, man werde in Berlin schon nicht nachgeben.

In einem anderen Punkt wurde der Kanzler noch kürzer abgefertigt: Chruschtschow, so klagte Konrad Adenauer seinem Gast, habe bei der Übergabe des letzten Sowjet-Memorandums in der Deutschland-Frage Andeutungen gemacht, die Sorge bereiteten. Eine Vereinigung beider deutschen Staaten sei

Nato (USA, England, Frankreich) habe fallenlassen, hub Konrad Adenauer an, so sei das wohl hauptsächlich seinem, des Kanzlers, Einfluß zuzuschreiben.

Harriman: Offensichtlich habe de Gaulle seinen Lieblingsplan wegen Ausschichtslosigkeit aufgegeben, möglicherweise nicht nur dem Kanzler zuliebe. Denn auch Kennedy denke nicht daran, ein Nato-Dreierdirektorium zu etablieren.

Der Kanzler flüchtete in die Vergangenheit: Er beschwor „das gute Einvernehmen mit John Foster Dulles“, das zu dessen Lebzeiten die Beziehungen zwischen Bonn und Washington bestimmt und sich „besonders in den Wahljahren so gut bewährt“ habe.

Wenige Tage vorher hatte die Deutsche Botschaft in Washington die zuständigen amerikanischen Stellen wissen lassen, nach Meinung des Bundeskanzlers wäre ein Treffen zwischen Präsident Kennedy und dem Amerika-Be-